

Wir Deutschen, so war neulich in einem der klugen Blätter zu lesen, seien, was die Zukunft angehe, ängstlicher als die meisten unserer Nachbarvölker. Das mag viele Ursachen haben. Unsere schmerzhaften geschichtlichen Erfahrungen im letzten Jahrhundert. Unsere zunehmende Alterung: Es ist ja schön, älter zu werden, aber alte Menschen haben eher Angst vor der Zukunft als junge. Auch der explosive Wandel von der Industriegesellschaft in die Informationsgesellschaft mit all' den schrecklichen neuen Geräten und ihren Möglichkeiten schafft mehr Angst als Zuversicht, – über den «Zukunftsschock» schrieb Alvin Toffler schon 1970! Nicht zuletzt unser Wohlstand: Reiche Menschen und Völker haben mehr zu verlieren als arme und haben deshalb auch mehr Angst. An düsteren Vorhersagen ist kein Mangel, früher war eh alles viel besser, heißt es, und jetzt kann es nur noch schlimmer werden.

Ich halte dagegen: Deutschland ist mit seiner zivilgesellschaftlichen und politischen Struktur, mit seinen öffentlichen und privaten Institutionen, mit seiner wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ist als sozialer Rechtsstaat alles in allem für den demographischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel in einer besseren Ausgangslage als fast alle anderen Staaten. Wir sollten uns unser Land nicht von einigen Schwarzmalern an den Universitäten und in den Medien schlecht reden lassen, sondern den Mut haben, selbst zu denken und zu handeln.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Da wird uns ständig die gigantische Schuldenlast vorgehalten, die wir der Generation unserer Enkel hinterlassen. Dabei wird verschwiegen, dass diese Generation eine soziale, technische und ökologische Infrastruktur erbt wie keine Generation zuvor, ganz zu schweigen davon, dass die Enkelinnen und Enkel ja nicht nur die Schulden des Staates erben, sondern auch die Bundesschatzbriefe und -anleihen, die öffentlichen Pfandbriefe und Schuldscheine ihrer Großeltern und Eltern, denn anders als die USA hat sich der deutsche Staat – Bund, Länder, Kreise und Gemeinden – bei einer privaten Inlands-Sparquote von zur Zeit

rund zehn Prozent nicht gegenüber dem Ausland, sondern bei seinen eigenen BürgerInnen verschuldet. Ich könnte weitere Beispiele nennen, etwa die Drohung, die ArbeitnehmerInnen dürften erst mit 67 in Rente gehen; eine Behauptung der Bundesregierung ohne Berücksichtigung der Entwicklung der Produktivität und der Arbeitsplätze, als hätten wir zwischen 1950 und heute nicht weiter gehende Veränderungen geschultert.

Begreifen Politiker, Stadtplaner und Architekten, wie tief der Wandel der Lebensformen geht?

Nun also zum Wandel. Was wandelt sich in den Städten und wie wirkt sich dieser Wandel auf die Stadtpolitik und die Stadtplanung aus? Politik und Planung sind ja nicht Selbstzweck oder gar Magd der Wirtschaft; sie sollen vielmehr dem Recht der Menschen auf ein gutes *Leben* in der Stadt dienen. Hier einige Stichworte zum *Wandel der Lebensformen*:

- Die Verlängerung unserer Lebenszeit – keine deutsche, sondern eine weltweite Entwicklung.

- Der wachsende Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft. Das ist, so der Soziologe Ulrich Beck, eine Erfolgsgeschichte der Moderne: bessere Gesundheitsvorsorge, bessere Ernährung, medizinischer Fortschritt.

- Die demographische Polarisierung: Hier sinkende Geburtenzahlen, die zu einer demographischen Nabelschau mit großem Gejammer bei uns führen, und in der Dritten Welt eine Bevölkerungsexplosion; der Kinderreichtum der Armen dort und die Kinderarmut der Reichen hier.

- Der Rückgang der traditionellen Kleinfamilie: Das Ehepaar mit zwei Kindern wird zum Auslaufmodell, die Scheidungsraten und mit ihnen die Einpersonenhaushalte nehmen zu, und es entstehen neue Formen des familienähnlichen Zusammenlebens.

- Zum soziodemographischen Wandel kommt die sozioökonomische Polarisierung: Die Kluft zwischen Reich und Arm wird in der ganzen Welt größer, auch bei uns.

- Die Lebensstile werden unterschiedlicher, differenzierter.

Wie reagiert die Stadtpolitik darauf, dass in den meisten Großstädten die Hälfte aller Haushalte aus

* Text eines Vortrags, gehalten am 29. September 2006 im Konzerthaus Heidenheim beim 3. Schwäbischen Städtetag des Schwäbischen Heimatbunds.

750 Jahre Eriskirch

Feiern Sie mit uns das Jubiläumsjahr 2007



Sternwallfahrt mit Bischof Dr. Gebhard Fürst am 29. April 2007

Großes Festwochenende vom 06. bis 08. Juli 2007

- Kulinarische Festmeile mit großem Festzelt
- Jahrmart / Drachenbootrennen
- Klangfeuerwerk, u.v.m.

Bücher

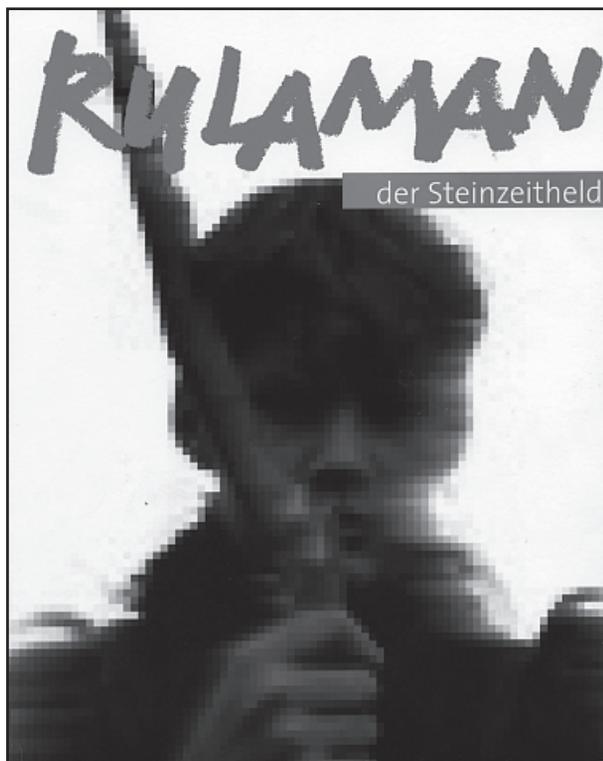
- »Eriskirch Erinnerungen Band II«
- »750 Jahre Eriskirch«

Weitere Highlights

- Jubiläumsausstellung der Kulturfreunde Eriskirch
- Konzerte: Fita, Conny Reusch und Band
- Modenschau, Kinderferienprogramm



Informationen unter:
Verkehrsamt Eriskirch
Schussenstraße 18
88097 Eriskirch
Telefon 07541/9708-22
Telefax 07541/9708-77
info@eriskirch.de
www.eriskirch.de



RULAMAN – der Steinzeitheld

Ausstellung im Stadtmuseum
Klostermühle Bad Urach
– Sonderausstellungsraum –

6. FEBRUAR BIS 15. APRIL 2007

Öffnungszeiten:
Di., Mi., Fr., Sa. 14–17 Uhr,
Do. 14–18 Uhr
So. 10–13 und 14–17 Uhr

Eintritt: 2/4 €



Öhringen

**Unheimlich heimelige
heimliche Hauptstadt
Hohenlohes**

16.-17. Juni 2007

Öhringer Stiftsherrenmarkt
Kunsthandwerk, Handwerk, Alte Berufe

1. August 2007

Tour de Ländle
Etappenziel Öhringen



Große Kreisstadt
Öhringen

Tourist-Info: Stadt Öhringen - Marktplatz 15 - 74613 Öhringen - tourist@oehringen.de - www.oehringen.de

Ein-Personen-Haushalten besteht und dass diese Entwicklung auch in Mittel- und Kleinstädten zunimmt? Wie stellen wir uns zukünftig Nachbarschaft, Gemeinsamkeit, soziale Verantwortung in der Stadt vor? Mit welchen kulturellen, sozialen, stadtplanerischen und architektonischen Mitteln versuchen wir, der Vereinzelung und Vereinsamung, der Beziehungslosigkeit und der Brutalisierung entgegenzuwirken? Was tun wir gegen die Verarmung, gegen die Polarisierung?

Begreifen die Kommunalpolitiker, die Stadtplaner und Architekten, wie tief der Wandel der Lebensformen geht, und finden sie darauf Antworten? In der Massengesellschaft gibt es beides: Den Wunsch nach Konformität, so zu sein und zu leben wie die anderen, und der Wunsch nach Identität, anders und erkennbar zu leben und zu sein wie die anderen. Ich meine, dass in einer Zeit, in der viele Bindungen und Orientierungen sich wandeln, das Bedürfnis nach Identität, nach Erkennbarkeit der eigenen Stadt, des eigenen Quartiers und der eigenen Wohnung, dass der Wunsch nach Heimat und Geborgenheit zunimmt.

Was folgt aus dem Wandel der Lebens- und Wohnformen für die Stadt?

- Wir sollen die Vielfalt der Lebensformen in der Stadt bejahen, die Unterschiede nicht einebnen, sondern pflegen, zum Beispiel durch flexible Wohnungsangebote, Förderung von Bauherrengemeinschaften und befristete Zwischennutzungen leer stehender Gebäude.

- Wir sollen uns weniger auf den Wohnungsneubau konzentrieren und stattdessen vor allem den Wohnungsbestand umbauen, verbessern und ergänzen.

- Wir sollen keine neuen Großsiedlungen planen, sondern in kleinen Abschnitten bauen, vorhandene Bebauung ergänzen und Baulücken schließen.

- Wir sollten dafür sorgen, dass öffentlich geförderte Wohnungen nicht nur in «Problemquartieren» entstehen, sondern auch in anderen Quartieren erhalten und neu geschaffen werden, das heißt der sozialen Segregation in der Stadt in Gettos und eingezäunte Wohngebiete (gated communities) entgegenwirken.

Wandel der Arbeit: von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft

Die durchschnittliche Lebenszeit hat sich im letzten Jahrhundert etwa verdoppelt, die durchschnittliche Arbeitszeit halbiert. Zuerst ging der primäre Sektor – Landwirtschaft, Fischfang, Holzwirtschaft und Bergbau – zurück; nun nimmt auch der sekundäre



Das Französische Viertel in Tübingen, ein Neubaugebiet, hat ganz bewusst Läden, Werkstätten und Wohnungen gemischt und damit großen Anklang gefunden.

Sektor, die Industriearbeit, ab. Allein der tertiäre Sektor wächst: Wir werden zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Dieser Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wird wahrscheinlich unsere Gesellschaft stärker verändern als damals der Wandel von der agrarischen, vorindustriellen zur Industriegesellschaft.

Die neuen Kommunikationstechnologien führen zu neuen Arbeitsformen, die Teilzeitarbeit nimmt zu, die Heimarbeit kommt zurück. Die Digitalisierung der Produktion und der Kommunikation führt dazu, dass Nähe und Entfernung im Städtebau und in der Architektur eine geringere Rolle spielen als früher; das heißt unsere Vorstellungen von städtischer Nähe und Dichte werden sich ändern. Bei aller Begeisterung für die neuen Kommunikationstechnologien: Sie können auch zur Vereinsamung, zur sozialen Verarmung führen. Das Bedürfnis nach persönlicher Verständigung wird zunehmen. Wie reagieren Stadtplanung und Architektur auf den Wandel der Arbeit?

Die heute geplanten und gebauten Büroarbeitsplätze entsprechen weithin den Arbeitsvorstellungen und Organisationsformen der 1970er und 1980er Jahre, natürlich mit allen technischen Raffinessen hochgerüstet und mit schicken Fassaden garniert. Ähnlich wie bei den Altbauwohnungen erweisen sich jedoch auch hier oft die Industriebauten der Vergangenheit flexibler und preiswerter als die neuen Bürobauten unserer Zeit, nicht zuletzt für Unternehmensgründer, die keine teuren Neubaumieten bezahlen können. Heute bestimmen flache Hierarchien mit flexiblen Gruppierungen und zeitlich befristeten Teams die Arbeitsorganisation. Geschäftsverteilungspläne und Arbeitsplatzbeschreibungen verlieren an Bedeutung.



Ein soziales Idyll in der Großstadt Reutlingen? In der Jos-Weiß-Straße am Rande der Altstadt haben Anwohner den Straßenraum für einen Plausch im Freien belegt.

Die Trennung der städtischen Funktionen, zum Beispiel von Wohnen und Arbeiten – so wie die 1933 von den europäischen Stadtplanern und Architekten verabschiedete «Charta von Athen» das wollte –, war richtig, solange die Arbeit Schmutz, Lärm und Abgase verursachte. Wir haben inzwischen gelernt, dass die Trennung nach Funktionen unstädtisch, falsch ist. Doch immer noch herrscht vielerorts ein ökonomisch bestimmtes, funktionalistisches Denken in der Stadtplanung vor: Gleiche Funktionen sollen in Zentren zusammengefasst werden. Die Schulen im Schulzentrum, die Läden im Einkaufszentrum, der Sport im Sportzentrum, die Administration im Verwaltungszentrum, die Kultur im Kulturzentrum, die Freizeit im Erlebniszentrum. Das Städtische ist aber die Mischung von Funktionen, nicht ihre Trennung und Zusammenfassung in Zentren.

Ein erschreckender Gedanke zum Wandel der Arbeit ist die zunehmende Befürchtung, dass es angesichts der phantastischen Produktivitätssteigerung in allen Wirtschaftszweigen zukünftig nicht mehr Arbeit für alle geben wird, das heißt, dass wir das, was wir an Gütern und Leistungen brauchen, mit weit weniger Arbeit herstellen können als bisher. Das wagt bislang noch kein Politiker zuzugeben, weil das an den Kern unseres Gesellschaftsverständnisses rührt. Ich empfehle dazu Jeremy Rifkins Buch *Das Ende der Arbeit*, und ich bin sicher, dass diese Entwicklung zu einer anhaltenden, hohen Arbeitslosigkeit die Stadtpolitik und die Stadtplanung beeinflussen wird.

Welche Folgerungen ergeben sich für die Stadt aus dem Wandel der Arbeit?

- Die neuen Kommunikationstechnologien und die neuen Arbeitsformen erfordern neue Ideen, möglicherweise neue Leitbilder in der Stadtplanung.

- Monostrukturen für Arbeitsplätze verlieren an Bedeutung. An ihre Stelle treten Mischungen.

- Wenn die neuen Technologien Kommunikation über beliebige Entfernungen möglich machen, stellt sich die Frage, welche traditionellen Kommunikationsformen dabei an Bedeutung gewinnen oder verlieren und was das für die Stadtplanung bedeutet.

- Wir müssen darüber nachdenken, wie die Stadtgesellschaft leben wird, wenn ein Teil der StadtbewohnerInnen dauerhaft ohne Erwerbsarbeit leben muss.

Wandel der Energieversorgung: ökologische Bauweise und stärkere Nutzung des Schienenverkehrs

Stanislav Lec hat einmal gesagt: *Dass die Augen vor den Problemen verschlossen werden, ist das größte Problem, vor dem heute die Augen verschlossen werden.* Das gilt vor allem für die Ressource Energie. 40% des gesamten Energieverbrauchs finden – jedenfalls in Mitteleuropa – in Gebäuden statt. Der Bausektor ist damit ein wesentlicher, möglicherweise der entscheidende Ort für die Änderung unseres gesamten Energiesystems.

Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident von Eurosolar, weist zu recht darauf hin, dass wir die nichtkommerzielle Energie nicht zur Kenntnis nehmen. Dass es auf der Erde nicht -273° Celsius kalt ist, sondern bei uns eben zwischen -10° C und $+25^{\circ}$ C, verdanken wir allein der Sonne. Bei einer Sonnenfinsternis von nicht eineinhalb Minuten, sondern zwei Wochen, wäre das Leben der Menschheit zu Ende, weil kein technisches System diesen Energieausfall kompensieren könnte. Die Behauptung, die atomaren und fossilen Energieträger machten 95% unserer Energieversorgung aus, ist dummes Zeug. In Wahrheit sind es etwa 1%, die anderen 99% kommen von der Sonne.

Wir wissen längst, dass die atomaren und fossilen Ressourcen endlich sind. Wir wissen, dass das heutige Energieversorgungssystem ungeheure Kosten verursacht und schon jetzt nur noch mit teuren militärischen Mitteln aufrecht erhalten werden kann, weil die Konflikte um die Energieressourcen immer härter werden. Anstelle der teuren Energiebereitstellung über weite Wege – Kohle aus Australien, Öl aus den arabischen Ländern, Gas aus Sibirien, Uran aus Südafrika – muss der zukünftige Energieverbrauch sich auf die Umgebungsenergie und auf regionale Energiebereitstellung konzentrieren.

Wie lange wird es dauern, bis sich die Nutzung der Solarenergie in der Stadtplanung, in der Architektur und im Bauwesen durchsetzt? Da stecken riesige Potenziale für die Planungs- und Bauwirtschaft, vor allem in der Anpassung der vorhandenen Gebäude an neue ökologische Kriterien. Die notwendige Wende im Energieverbrauch wird sich auch städtebaulich niederschlagen, beispielsweise in der Orientierung von Gebäuden und damit der Gestalt von Bebauungsplänen. Beim Bauen wird der Energieaufwand eine größere Rolle spielen, zum Beispiel werden die Gewinnung und der Transport der Baustoffe, die Anfertigung, der Transport, Einbau und Abbruch von Bauteilen wichtiger werden, das heißt der Energieaufwand und die Gesamtkosten für die Lebensdauer des Gebäudes werden eine neue Sicht der Baukosten bewirken. Die Forderungen des fast money, das heißt rascher Gewinn auf kurze Lebensdauer, stehen dazu im Widerspruch. Das alles wird sich auch auf die architektonische Gestaltung auswirken.

Was sind die Forderungen, die sich aus diesem Wandel ergeben?

- Die Stadt muss ihren Beitrag zur Ökologie leisten – sparsamer Umgang mit Energie, Wasser, Boden sowie Vermeidung und Verringerung der Luftverschmutzung und des Lärms.
- Die Orientierung der Gebäude zur Sonne wird an Bedeutung gewinnen.
- Der Vorrang des schienengebundenen Massentransports gegenüber dem energieaufwändigen Autoverkehr, ja die Vermeidung unnötiger Verkehre

durch Stadtplanung wird ein wichtiges ökologisches Kriterium in der Stadtplanung.

- Der Abbau des Zugangebots im Regionalverkehr ist falsch, die Befürchtung, eine Deutsche Bahn AG im Besitz privater Investoren würde zu einer weiteren Vernachlässigung des flachen Lands zugunsten der gewinnträchtigen Bahnverbindungen führen, ist berechtigt. Es ist erstaunlich, dass sich die von der DBAG heute schon benachteiligten Städte nicht lautstark gegen den geplanten Börsengang der DBAG wenden.

*Stadt und Land – Wachsen und Schrumpfen –
Das Städtische: Vielfalt der Bauten und Nutzungen*

Die Entwicklung der Städte in Deutschland driftet auseinander: Einige reiche Städte wachsen weiter – München, Frankfurt/Main, Stuttgart – und mit ihnen wachsen die Gemeinden im Umland. In anderen Städten stagnieren die Einwohnerzahlen und mit ihnen die Arbeitsplätze und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. In vielen Städten – nicht nur in Ostdeutschland – gehen die Einwohnerzahlen zurück, zum Teil durch Abwanderung, zum Teil durch Geburtenrückgang.

Der alte Gegensatz zwischen städtischer Moderne und ländlicher Rückständigkeit gilt schon lange nicht mehr und wird zunehmend überdeckt vom Gegensatz zwischen reichen wachsenden Städten und Regionen und armen schrumpfenden Städten und Regionen. Der Prozess der Zentralisierung führt zu Räumen, die «abhängen», und es gibt keine

Der schienengebundene Massentransport hat noch lange keinen Vorrang gegenüber dem energieaufwändigen Autoverkehr. Die sogenannte Ost-West-Trasse führt den Straßenverkehr an der Reutlinger Innenstadt vorbei.





Sterbende Wohnquartiere in den Großstädten: hier ein erschreckendes Beispiel aus Chemnitz.

zentrale Steuerungsebene, die diesen Prozess aufhalten könnte.

Auch die ländlichen Gebiete driften auseinander. Einige schrumpfen, weil sie ökonomisch nicht leistungsfähig sind. Leerstehende Wohngebäude, schlechte Verkehrsanbindungen, Zusammenlegung von Ämtern und Schulen mit der Folge weiter Wege, Qualitätseinbußen bei Dienstleistungen wie Einzelhandel, Post, Gesundheitswesen und Abwanderung junger Menschen. Wir lesen von «sterbenden Dörfern», eine Vorstellung, die wir als skandalös empfinden. In Kanada oder in Skandinavien dagegen ist es Normalität, dass weite Teile des Landes unbesiedelt und ungenutzt sind.

Möglicherweise haben wir die Forderung des Grundgesetzes in Art. 72 Abs. 2, nach der der Bund ein Gesetzgebungsrecht (keine Gesetzgebungspflicht!) zur *Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse* hat, falsch verstanden und «Gleichwertigkeit» mit «Gleichheit» verwechselt. Angesichts der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung ist aber eine im ganzen Land quantitativ gleiche Versorgung mit Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten usw. nicht mehr realisierbar.

Damit verschärft sich die soziale Segregation, nicht nur in einzelnen Städten, sondern auch zwischen den Städten und Regionen. Vielerorts breitet sich Hoffnungslosigkeit aus. Es ist schwer zu sagen, ob diese Entwicklung anhält oder umschlägt. In den wachsenden Regionen könnten das Bauland, der Verkehr, das Arbeiten und Wohnen so teuer werden, dass das Wachstum zum Halten kommt, aber wahrscheinlicher ist, dass es in das jeweilige Umland

fließt. Der Bevölkerungszuwachs aus Einwanderung wird – wenn wir ihn denn zulassen – voraussichtlich eher in die wachsenden als in die schrumpfenden Städte und Regionen drängen.

Nach über fünfzig Wachstumsjahren in Westdeutschland und fünfzehn Jahren Wachstum in Ostdeutschland müssen die Städte, die Politik und die Planer sich umstellen und neue Ziele und Strategien entwickeln. Es fällt uns schwer zu begreifen, dass Stagnation und Schrumpfung auch Chancen eröffnen, zum Beispiel für die Rückgewinnung von Landschaft, für lebenswerte Stadträume. Dafür sind öffentliches Geld und der Willen zur Zusammenarbeit der Gemeinden notwendig. Beides fehlt vielerorts. Und machen Sie einmal einem Stadtrat in Sindelfingen bei Stuttgart klar, dass das Wachstum irgendwann auch einmal dort zu Ende sein wird und möglicherweise die ostdeutschen Städte heute zeigen, was uns im Wachstumsraum Stuttgart noch bevorsteht.

In den meisten Städten bemühen wir uns, die Qualität der Innenstadt, ihre bauliche und kulturelle Vielfalt, das Nebeneinander unterschiedlicher Nutzungen zu erhalten, zu verbessern und, wo sie verloren zu gehen droht, zurückzugewinnen. Wir haben gelernt, dass das Städtische nicht aus der erzwungenen Einheitlichkeit, sondern aus der Vielfalt der Nutzungen und Bauten entsteht, aus dem Miteinander von Arbeiten und Wohnen, von Handel und Handwerk, Bildung und Kultur. Die Erfahrung und Bejahung von Verschiedenheit ist zu einem wesentlichen Element des Städtischen geworden.

Ich sagte vorher, dass das Städtische die Mischung von Funktionen ist, nicht ihre Trennung und Zusammenfassung in Zentren. Auch die Zusammenfassung des Einzelhandels in Shopping-Malls mit der Enteignung und Privatisierung des öffentlichen Raums ist ein Verlust des Städtischen, ebenso wie die neuen künstlichen großflächigen Unterhaltungs- und Einkaufszentren am Stadtrand.

Ist das die Zukunft des Städtischen: die künstlichen Konsum- und Unterhaltungswelten, banalisiert, austauschbar, ob am Potsdamer Platz in Berlin, im CentrO in Oberhausen oder im Unterhaltungszentrum zwischen den Krautäckern auf der Fildebene südlich von Stuttgart? Ist die Zukunft des Städtischen eine Zukunft, in der nur zählt, wer zahlt (Gerd Kähler)?

Regionale Agglomeration – Auch in Zwischenstädten Erlebnisvielfalt in Bauten und im öffentlichen Raum

Wir leben zunehmend in einer virtuellen Welt, in der Räume und Orte vermeintlich keine Rolle mehr spie-

len, in der Erreichbarkeit, nicht Anwesenheit, Funktion, nicht Substanz – so Norbert Bolz – zählt. Die Arbeit läuft vom Arbeitsplatz weg, die Heimarbeit kommt wieder, Laptop und Modem bestimmen mein Büro, im ICE, im Flugzeug wo auch immer. Die Zumutungen dieser neuen virtuellen Welt treffen nicht nur die Älteren unter uns, die mühsam versuchen, den Unterschied zwischen Online-Surfing und Inline-Skating zu verstehen. Sie treffen auch die Jüngeren. Da wachsen Isolierung und Einsamkeit, da gehen Orientierung und Identität verloren. Ich will keine zukunfts-pessimistische Rede halten, im Gegenteil: Ich bin optimistisch, weil ich erwarte, dass in dieser brave new world der offenbar grenzenlosen Zumutungen die Kultur an Wert gewinnen wird, als Kompensation, als Wirklichkeit, als Ausdruck gemeinsamen Lebens. Es könnte ja auch sein, dass die künstlichen Einheitswelten des standardisierten Konsums und der standardisierten Unterhaltung ihren Reiz verlieren, dass die Verschiedenheit, dass Originalität, Spontaneität, Unerwartetes wieder stärker gefragt sein werden.

In letzter Zeit wird gelegentlich argumentiert, dass unsere Vorstellungen der Stadt von einem überholten Stadtverständnis ausgehen. Es stimmt: Ein wachsender Teil der Menschen lebt in wuchernden regionalen Agglomerationen zwischen den Städten und findet dort Wohnen, Arbeit, Einkauf und Kultur, ohne die traditionelle, von Erosion bedrohte Innenstadt zu benötigen. Das ist zutreffend, die Gefahr eines ungegliederten, einförmigen Stadtbreis ist offenkundig. Zu Recht schreibt Tom Sieverts über die «Zwischenstadt» als neue Form der Stadt und fordert eine «Stadtkulturlandschaft» *mit neuen Formen einer räumlich erweiterten kommunal-regionalen Selbstverwaltung, neue Formen der Solidarität, neue Formen des Schutzes der Schwächeren und neue Formen einer verbindenden Kultur.*

Übel sehen die Stadtränder aus: trostlose Ansammlungen von Autohandel, Möbelhallen, Baumärkten, Industrie und Gewerbe. Die Innenstadt als Wohnzimmer wird herausgeputzt, der Stadtrand als Eingang zur Stadt wird mit baulichem Müll zugeschüttet. In den großen Wohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus fehlt meistens das Städtische. Pierre Bourdieu hat in seinem Buch *Das Elend der Welt* die Trostlosigkeit, die Hoffnungslosigkeit, die Armut, die kulturelle und soziale Verwahrlosung, die Einsamkeit und Kälte der neuen Banlieus, der Vororte in Frankreich geschildert. Diese «misère du monde», die Arbeitslosigkeit, die wachsende Ungleichheit, die soziale Ausgrenzung zu überwinden, den sozialen Frieden zurückzugewinnen, das sind zuerst Aufgaben der Politik und der Wirtschaft,

aber es sind auch Aufgaben einer Stadtplanung, die das Wohlergehen aller, nicht allein die Interessen der Wirtschaft zu ihrem Ziel macht.

Die soziale Ausgrenzung und die Rücksichtslosigkeit in diesen Zwischenstädten werden auch baulich durch Vernachlässigung, Langeweile, Lieblosigkeit ausgedrückt. Ist es unrealistisch, auch hier eine Stadtplanung zu fordern, die mit der städtebaulichen und sozialen Gestaltung öffentlicher Räume dazu beiträgt, die Orte der Hoffnungslosigkeit, der Gewalt und Angst für die Menschen zurückzugewinnen? Ich denke an die Stadt Barcelona, die mit ihren neuen Plätzen architektonische Qualität, Erlebnisräume nicht nur für die wohlhabenden Besucher und Touristen in der historischen Innenstadt, sondern gerade auch in den ärmeren Stadtvierteln geschaffen hat. Die Alternative kann nicht heißen Innenstadt oder Zwischenstadt: Auch die Zwischenstadt, die Vorstadt, die regionale Agglomeration braucht Mischung, Kleinteiligkeit, Erlebnisvielfalt in den Gebäuden und im öffentlichen Raum.

Was sind die Forderungen an die Stadt angesichts des Wandels?

- Wir müssen neue Ziele und Strategien für stagnierende und schrumpfende Städte entwickeln.
- Wir sollten keine Monostrukturen und keine neuen funktionalen Zentren mehr planen, weder Bürostädte noch Schlafstädte.
- Die kleinen, mittelständischen Strukturen des Handwerks, des Einzelhandels, der Dienstleistungen, der Bildung und der Kultur müssen vorrangig gefördert werden, nicht nur in der Politik, zum Beispiel bei der Steuerreform, sondern auch in der Stadtplanung.



Blick ins Innere der Müller-Galerie in der Reutlinger Innenstadt. Sind künstliche Konsum- und Unterhaltungswelten die Zukunft des Städtischen?



Der Marktplatz in der ostwürttembergischen Stadt Aalen. Wo mit den Bauten und Plätzen früherer Generationen sorgsam umgegangen wird, honorieren das Einwohner und Gäste.

- Keine Beschränkung auf die Innenstadt, die Stadtplanung muss sich im gleichen Maß um die Zwischenstadt kümmern.

- Keine Planung ohne Einbeziehung der Betroffenen.

Welcher Art ist die Qualität der Stadt, die wir suchen? Wie muss eine Stadt sein, damit die Menschen gut in ihr leben können?

- Eine demokratische Stadt, in der die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger, auch der in ihr lebenden sozialen, kulturellen und ethnischen Minderheiten respektiert werden, eine Stadt, in der sich viele Menschen an den Planungen und Entscheidungen beteiligen.

- Eine gerechte Stadt, in der alle Bürger an den Gütern und Werten, die in dieser Stadt erarbeitet werden, teilhaben, in der die Reichen nicht immer reicher und die Armen nicht immer ärmer werden, in der die Stärkeren die Schwächeren nicht ausgrenzen, sondern einbeziehen.

- Eine handlungsfähige Stadt, die über die rechtlichen und finanziellen Mittel zum sozialen Ausgleich, zur Bewahrung des Friedens und der öffentlichen Sicherheit verfügt.

- Eine rücksichtsvolle Stadt, die nicht die natürlichen Lebensgrundlagen für die Zukunft späterer Generationen verbraucht; eine Stadt, in der die Menschen freundlich miteinander umgehen.

- Eine schöne Stadt, die ihre Qualitäten, ihre Gebäude und Plätze, ihre Gärten und Parks, ihre kulturellen und sozialen Einrichtungen pflegt und wei-

ter entwickelt, und die sorgsam mit den Bauten früherer Generationen umgeht.



1000 Jahre Holzgerlingen

Die Stadt Holzgerlingen feiert – 1000 Jahre!

Holzgerlingen ist ein attraktiver, interessanter und familienfreundlicher Wohn- und Gewerbestandort. Die Stadtmitte lädt zum Verweilen ein.

Sehenswürdigkeiten:
 Burg Kalteneck
 Mauritiuskirche
 Heimatmuseum
 Stadtbrunnen
 historischer Stadtrundgang

Wir begrüßen Sie gerne als unsere Gäste!

Informationen:
 Stadtverwaltung Holzgerlingen
 Böblinger Straße 5-7
 D-71088 Holzgerlingen
 Tel.: 07031/ 68 08-0
 Fax: 07031/ 68 08 17

www.holzgerlingen.eu

